



Makroausblick 2026

Volkswirtschaft

Jan — Feb — Mär — Apr — Mai — Jun — Jul — Aug — Sep — Okt — Nov — Dez

Wichtige Informationen und Hinweise

Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei dieser Information und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebene Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die zukünftige Wertentwicklung eines Investments unterliegt unter Umständen der Besteuerung, die von der persönlichen Situation des Anlegers abhängig ist und sich zukünftig ändern kann. Renditen von Anlagen in Fremdwährung können aufgrund von Währungsschwankungen steigen oder sinken. Mit dem Kauf, dem Halten, dem Umtausch oder dem Verkauf eines Finanzinstruments sowie der Inanspruchnahme oder Kündigung einer Wertpapierdienstleistung können Kosten entstehen, welche sich auf die erwarteten Erträge auswirken. Bei einem Fondsinvestment werden stets Anteile an einem Investmentfonds erworben, nicht jedoch ein bestimmter Basiswert (z.B. Aktien an einem Unternehmen), der vom jeweiligen Fonds gehalten wird. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Wichtige Hinweise und Informationen zu Index- und Marktdaten finden Sie unter <https://www.berenberg.de/rechtliche-hinweise/lizenzhinweise/>. Wir weisen darauf hin, dass frühere Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung sind und dass Depotkosten entstehen können, die die Wertentwicklung mindern. Zur Erklärung verwandter Fachbegriffe steht Ihnen auf www.berenberg.de/glossar ein Online-Glossar zur Verfügung. Das in dieser Unterlage verwendete Bildmaterial dient ausschließlich zu illustrativen Zwecken. Es stellt keinen Bezug zu spezifischen Produkten, Dienstleistungen, Personen oder tatsächlichen Situationen her und ist nicht als Grundlage für Entscheidungen oder Handlungen zu verstehen.

Datum 16.03.2026

Das große Bild



Konjunktur und Wachstum: Je länger der Iran-Konflikt andauert, desto größer werden die Gefahren für die Weltwirtschaft. Sollte der Konflikt zeitnah beendet werden, wären die Auswirkungen überschaubar. Ein mehrmonatiger Konflikt würde dem Wachstum hingegen schaden und die Inflation steigen lassen. Wir rechnen derzeit jedoch damit, dass US-Präsident Trump kein Interesse an einem langen Krieg und steigenden Preisen daheim hat. Insgesamt überwiegt daher beim Blick auf 2026 daher trotz einer Vielzahl von wirtschaftlichen, finanziellen und (geo-)politischen Risiken insgesamt die Zuversicht. Die Niedrigzinsen vieler Zentralbanken sowie die expansive Fiskalpolitik in den USA und Deutschland werden die Konjunktur auf beiden Seiten des Atlantiks stützen. Während die US-Wirtschaft derzeit noch von einem KI-Boom belebt wird, werden die protektionistische Handels- und die restriktive Einwanderungspolitik mittelfristig zu einem geringeren US-Trendwachstum führen. China kämpft derweil, zusätzlich zum Außenhandelsstreit, weiterhin mit Problemen im Immobiliensektor und einer Verunsicherung der Verbraucher. Der fiskal- und geldpolitische Stimulus hilft bedingt, löst aber nicht die langfristigen Probleme. Der europäischen Industrie weht hingegen der Wind aus Übersee scharf ins Gesicht. Bei rückläufigen Ausfuhren in die USA und China muss das Wachstum aus der Binnenwirtschaft kommen. Die Reformfolge in Südeuropa sowie die niedrigen Zinsen der EZB und der deutsche Fiskalimpuls sprechen dafür, dass die Euro-Wirtschaft 2026 in etwa mit ihrer Trendrate von 1,3 % zulegen kann. Mit 0,8 % bleibt Deutschland erneut dahinter zurück, aber weniger als in den Vorjahren.



Inflation: Die steigenden Energiepreise aufgrund des Iran-Krieges werden die Inflation weltweit ansteigen lassen. Wie stark der Inflationsschock ausfällt und wie lange er anhält, hängt davon ab, wie lange die Energielieferungen aus dem Mittleren Osten gestört bleiben. Mittelfristig werden auf beiden Seiten des Atlantiks strukturelle Gründe wie die demografische Entwicklung und Investitionen in Klimaneutralität den Inflationsdruck auf einem höheren Niveau halten. In der Eurozone kommt auch noch der deutliche Anstieg der Militärausgaben und das deutsche Fiskalpaket hinzu. Langfristig dürfte sich die Inflation daher bei etwa 2,5 % anstatt bei 2 % einpendeln.



Geldpolitik: Der Inflationsdruck wird es der Federal Reserve (Fed) voraussichtlich nicht erlauben, die Leitzinsspanne tiefer als auf 3,25 – 3,50 % abzusenken. Die Bank of England (BoE) wird den Leitzins voraussichtlich bis zum Ende 2026 langsam auf 3,0 % reduzieren. Im Gegensatz dazu wird die Europäische Zentralbank (EZB) den Einlagesatz dieses Jahr trotz steigenden Energiepreise höchstwahrscheinlich bei 2,0 % belassen. Für die Jahre 2027–2028 rechnen wir damit, dass die EZB den Leitzins schrittweise wieder auf 3,0 %, die Fed auf 3,75–4,00 % und die BoE auf 3,5 % anheben wird.



Zinsen: Die Sorge um eine anziehende Inflationsrate aufgrund des Iran-Krieges hat zuletzt die Renditen von Staatsanleihen deutlich steigen lassen. Angesichts der auch zukünftig hohen Staatsausgaben sowie der strukturell höheren Inflation in Europa und den USA erwarten wir mittelfristig einen weiteren, wenn auch moderaten, Renditenanstieg. Da die Bank of England den Leitzins voraussichtlich noch um 75 Basispunkte senken wird, könnten die Renditen in Großbritannien hingegen etwas nachgeben.

Makroökonomischer Blick auf die Welt



Eurozone

Der europäischen Industrie weht der Wind aus Übersee scharf ins Gesicht. Bei rückläufigen Ausfuhren in die USA und China muss das Wachstum aus der Binnenwirtschaft kommen. Stützend wirken die Reformerfolge in Südeuropa sowie der deutsche Fiskalimpuls. Positiv machen sich zudem die niedrigen Zinsen der EZB und der stabile Arbeitsmarkt bemerkbar. Wir rechnen damit, dass die Euro-Wirtschaft 2026 mit 1,1 % zulegen kann. Alles in allem ist der Ausblick für 2026 somit moderat, aber auch nicht schlecht. Die größte Gefahr geht derzeit von einer weiteren Eskalation im Iran-Konflikt aus.



USA

Derzeit profitiert die US-Wirtschaft von einem KI-Boom. Mittelfristig werden jedoch höhere Einfuhrzölle, Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder und eine geringere Zuwanderung unter Trump das Trendwachstum in den USA schwächen. Das Haushaltsdefizit verharrt bei rund 6 % des BIP, während der Schuldenstand weiter rasant ansteigt. Die US-Notenbank befindet sich derzeit in einer schwierigen Lage: Zum einen machen sich die Zölle in Form von steigenden Preisen bemerkbar, zum anderen kühlt sich der Arbeitsmarkt mittlerweile etwas ab. Der anhaltende Inflationsdruck begrenzt den Spielraum für weitere Zinssenkungen der US-Notenbank.



Deutschland

Externe Faktoren wie die US-Zölle und die zunehmende chinesische Konkurrenz, gepaart mit strukturellen Problemen, sind der Grund dafür, dass die deutsche Wirtschaft seit Jahren nicht vom Fleck kommt. Das umfangreiche Fiskalpaket wird im Jahr 2026 dabei helfen, die deutsche Konjunktur anzukurbeln. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe haben bereits deutlich angezogen. Damit die Mehrausgaben jedoch nicht nur ein teures Strohfeuer erzeugen, sind begleitende Reformen erforderlich, um Deutschland wieder nachhaltig auf den Wachstumskurs zu bringen.



China

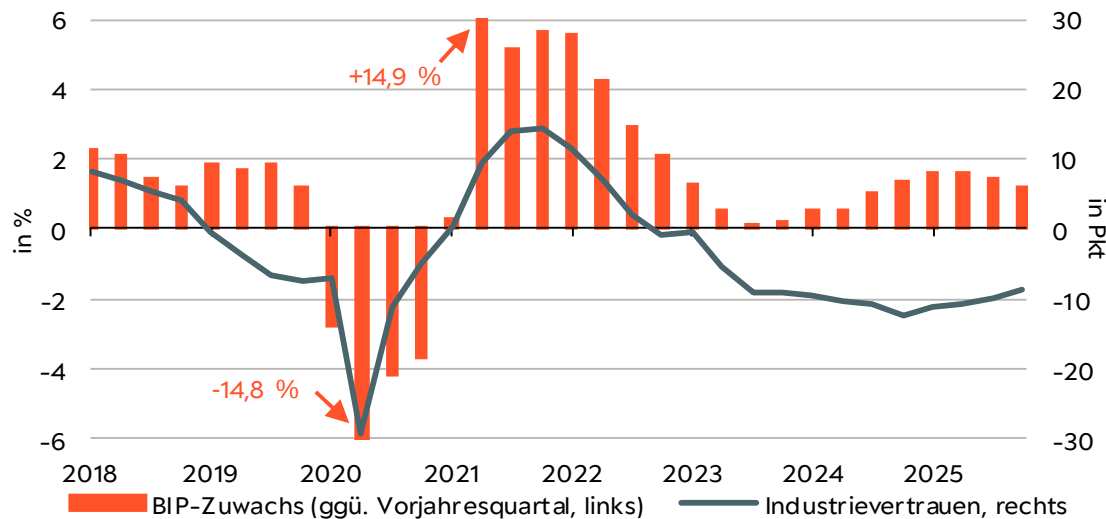
Auch 4 Jahre nach dem Platzen der Immobilienblase ist die chinesische Gesellschaft noch immer verunsichert. Dies belastet den privaten Verbrauch ebenso wie die Investitionen. Die Regierung versucht, mit Stimuli gegenzusteuern. Während die Binnennachfrage weiterhin schwach ist, versucht Peking bei den Exporten mit hohen Ausgaben Weltmarktanteile zu erkaufen. Die Maßnahmen helfen, die Wirtschaft zu stützen, doch ein deutlicher Aufschwung ist nicht zu erkennen. Auch für die kommenden Jahre ist mit für chinesische Verhältnisse niedrigen Wachstumsraten, die sich Richtung 4 % bewegen, zu rechnen.

Eurozone

Nahostkonflikt bedroht die Konjunkturerholung der Eurozone

- Die ökonomischen Frühindikatoren hatten eigentlich auf einen guten Jahresstart für die Eurozone hingedeutet. Der Iran-Krieg und die steigenden Energiepreise trüben die Aussicht jetzt jedoch etwas ein. In unserem Basisszenario gehen wir davon aus, dass die Straße von Hormus lediglich ein paar Wochen für Energieausfuhren gesperrt bleiben wird. In diesem glimpflichen Szenario wären die Auswirkungen auf die Eurozone moderat.
- Es ist jedoch auch ein wesentlich ungünstigerer Verlauf des Konflikts vorstellbar, indem die Energieexporte aus der Golfregion für ein halbes Jahr blockiert bleiben würden. In diesem Fall würde das Wachstum in der Eurozone vorübergehend zum Erliegen kommen und die Inflationsrate könnte auf bis zu 4 % ansteigen.

Eurozone BIP-Wachstum und Industrievertrauen

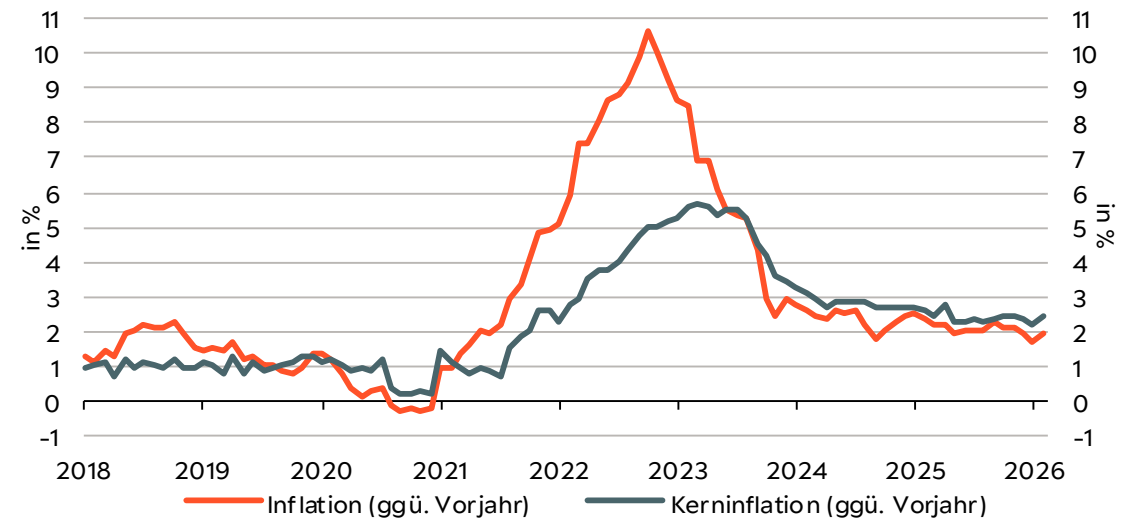


Zeitraum: 01/2018 – 12/2025

Iran-Krieg reißt die EZB aus dem Ruhemodus

- Die Inflationsrate ist im Februar in der Eurozone leicht auf 1,9 Prozent gestiegen. Aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise wird die Teuerungsrate in den kommenden Monaten voraussichtlich wieder deutlich über das 2-Prozentziel der EZB steigen.
- Sollte sich die Lage im Iran und an den Energiemärkten zeitnah entspannen, wird die EZB durch den temporären Inflationsschock durchschauen. Bleiben die Energiepreise hingegen länger hoch, würde sich der Druck auf die EZB erhöhen, den Leitzins anzuheben. Andererseits wäre es bei Nullwachstum schwierig, die Geldpolitik zu straffen. Infolgedessen dürfte die EZB den Einlagensatz auch im ungünstigsten Fall bei 2 % belassen. Für die EZB-Sitzung am 19. März ist auf jeden Fall noch mit keiner Reaktion zu rechnen.

Eurozone Inflation (ggü. Vorjahr)



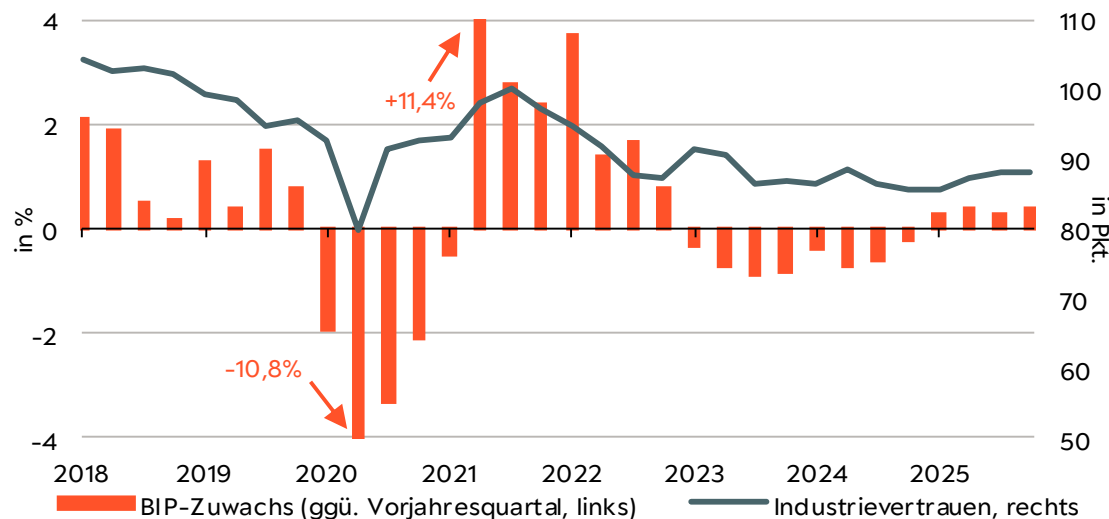
Zeitraum: 01/2018 – 02/2026

Deutschland

Iran-Krieg setzt den Frühlingsgefühlen ein Ende

- Für die deutsche Konjunktur kommt der Iran-Krieg zur Unzeit. Denn trotz der US-Zölle und der zunehmenden Konkurrenz aus China hatte sich die deutsche Wirtschaft zuletzt nur langsam aus der Stagnation gelöst. Je länger der Konflikt im Nahen Osten anhält, desto stärker wird sich die Stimmung hierzulande eintrüben
- Kommt der Konflikt jedoch bald zu einem Ende, wird sich die konjunkturelle Erholung voraussichtlich weiter fortsetzen. Denn das umfangreiche Ausgabenpaket der Bundesregierung kommt zunehmend in der Realwirtschaft an. Um das deutsche Potenzialwachstum nachhaltig zu stärken, sind jedoch weitere Strukturreformen notwendig.

Deutsches BIP und ifo-Geschäftsklima

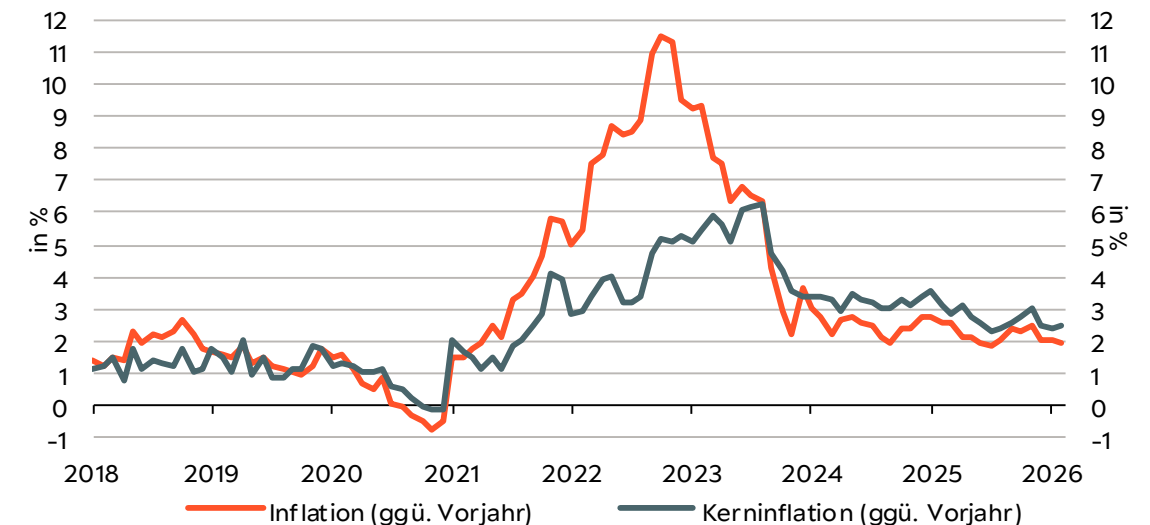


Zeitraum: 01/2018 – 12/2025

Inflationsschub ist an den Tankstellen bereits spürbar

- Die inflationären Effekte des Iran-Krieges waren in Deutschland bereits in den ersten Tagen des Konflikts an der Tankstelle festzustellen. Die Spritpreise haben im Vergleich zum Vorjahr um etwa 30 % zugelegt. Verbleiben die Treibstoffpreise auf diesem Niveau, könnte die deutsche Inflationsrate bei einer Gewichtung von Treibstoff im Inflationskorb in Höhe von 3 % allein hierdurch um knapp einen Prozentpunkt ansteigen.
- Die Inflationsrate wird mit Ende des Konflikts wieder sinken. Mittelfristig könnten die Mehrausgaben der Bundesregierung jedoch dafür sorgen, dass die Inflationsrate über zwei Prozent notiert. Zusätzlich werden der demografische Wandel und der damit einhergehende Arbeitskräftemangel den Lohndruck hoch halten. Dies wird insbesondere im arbeitsintensiven Dienstleistungssektor spürbar sein.

Deutschland harmonisierte Inflation (ggü. Vorjahr)



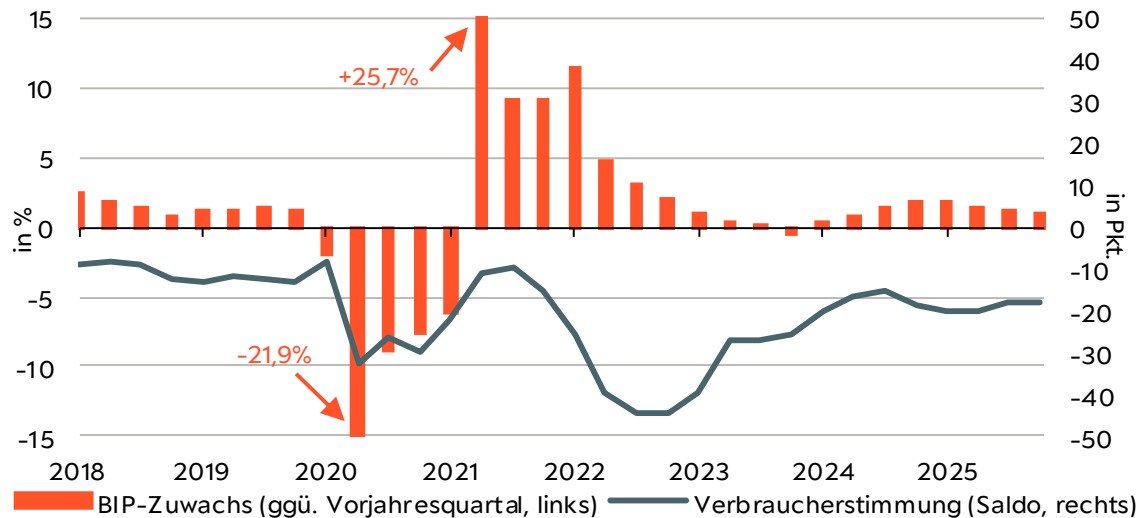
Zeitraum: 01/2018 – 02/2026

Großbritannien

Schwacher Start ins neue Jahr

- Zwar hatten die Stimmungsindikatoren auf einen guten Jahresstart für die britische Wirtschaft hingedeutet, doch die Wirtschaftskraft bewegte sich im Januar im Vergleich zum Vormonat seitwärts. Die Sparpolitik der Regierung und die sinkende Kaufkraft der Verbraucher aufgrund der noch immer recht hohen Inflation machen sich negativ bemerkbar.
- Die im Zuge des Iran-Kriegs gestiegenen Energiepreise sind ein weiterer Gegenwind für die Konjunktur. Der Inflationsschock wird zudem weitere Zinssenkungen der Bank of England weiter nach hinten verschieben. Das spricht einer zeitnahen Erholung der Konjunktur zusätzlich entgegen.

Großbritannien BIP-Wachstum (ggü. Vorjahr)

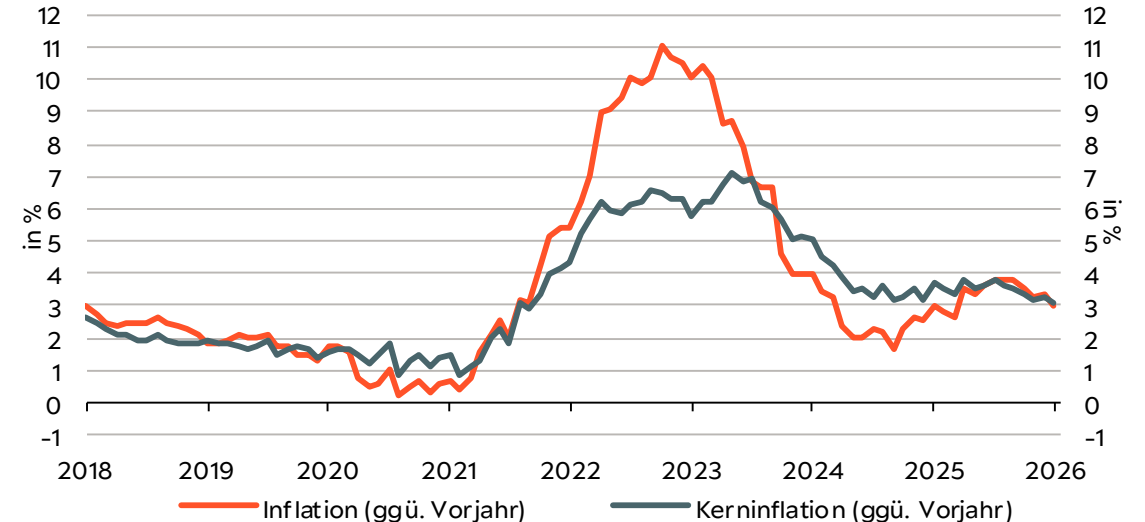


Zeitraum: 01/2018 – 12/2025

Inflationsschock verzögert weitere Leitzinssenkungen

- Zwar werden auch in Großbritannien die gestiegenen Energiepreise zu Inflationsdruck führen. Die relativ schwache Nachfrage und der abgekühlte Arbeitsmarkt werden eine erneute Lohn-Preis-Spirale aber voraussichtlich verhindern. Der Inflationsschock könnte weitere Leitzinssenkungen jedoch etwas nach hinten schieben. Vor diesem Hintergrund wird die Bank of England (BoE) bei ihrer Sitzung am 19. März den Leitzins voraussichtlich bei 3,75 % belassen.
- Sobald sich die Inflationssorgen wieder legen, wird die BoE ihre geldpolitische Lockerung aber voraussichtlich fortsetzen. Insgesamt erwarten wir bis zum Jahresende drei Zinssenkungen der BoE um jeweils 25 Basispunkte auf dann 3,0 %.

Großbritannien Inflation (ggü. Vorjahr)



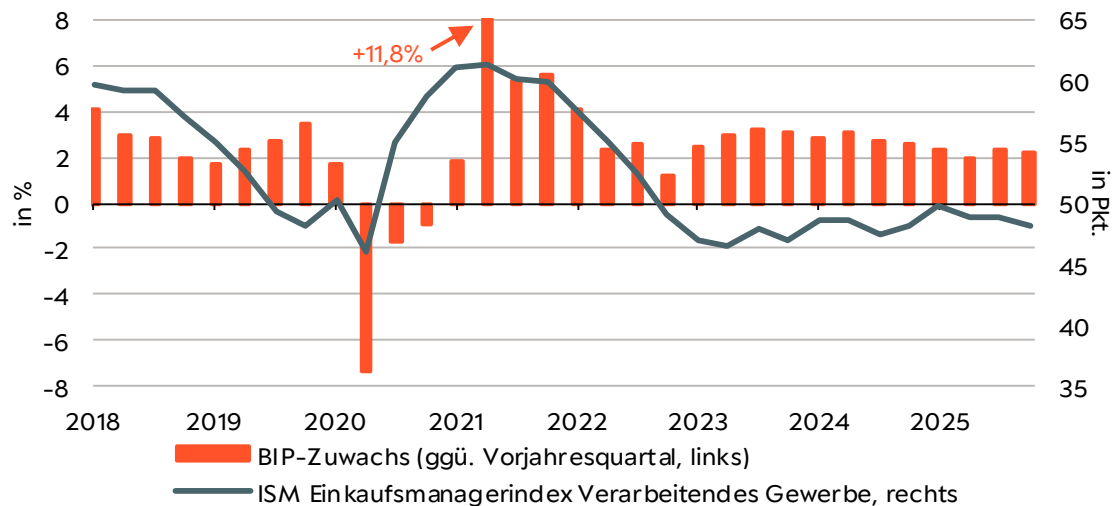
Zeitraum: 01/2018 – 01/2026

USA

Druck auf Trump den Krieg zu beenden, nimmt zu

- Die USA sind Netto-Öl- und Gasexporteure. Die steigenden Energiepreise treffen die US-Wirtschaft daher wesentlich weniger hart als beispielsweise die Eurozone. Während die Energieexporteure in den USA profitieren, müssen die Verbraucher aber auch dort mittlerweile für Treibstoff deutlich höhere Preise bezahlen.
- Für Präsident Trump kommt dies zu einer ungünstigen Zeit, da er in den Umfragen weiterhin schlecht abschneidet und die Wähler bereits vor Ausbruch des Krieges frustriert über die hohe Inflation waren. Trump wird vor den Zwischenwahlen am 3. November einen weiteren Inflationsanstieg vermeiden wollen. Wir gehen daher davon aus, dass die USA versuchen wird, die Störung der globalen Energieversorgung bis Ende März zu beenden.

USA BIP-Wachstum und Einkaufsmanagerindex

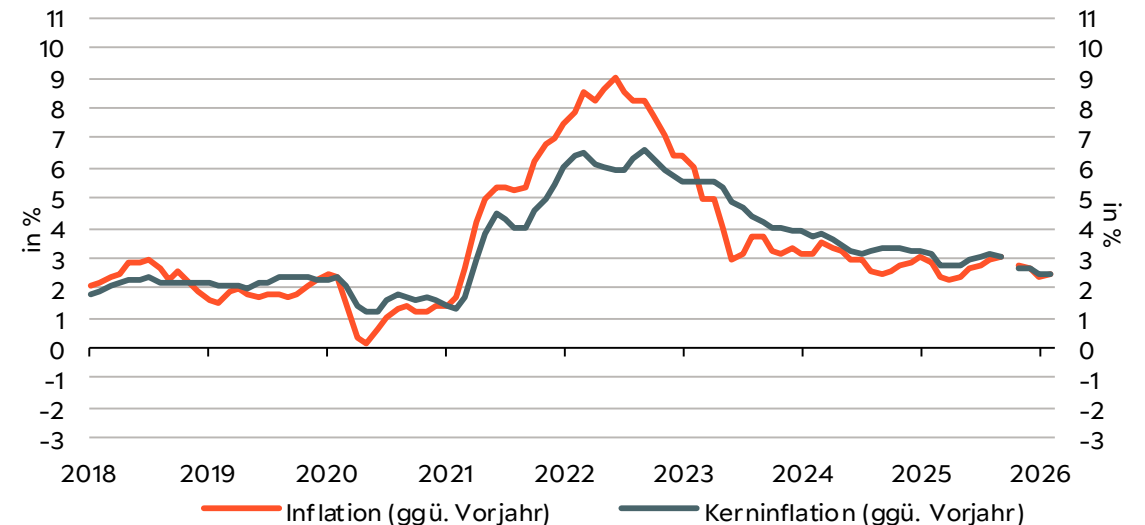


Zeitraum: 01/2018 – 03/2026

Inflation steigt bereits vor Energiepreisschock weiter an

- Während die PCE-Kernrate, das bevorzugte Inflationsmaß der Fed, im Januar von 3,0 auf 3,1 % angestiegen ist, verharrte die CPI-Kernin Inflationsrate im Februar auf einem Niveau von 2,4 %. Beide Werte sind für die US-Notenbank bereits jetzt zu hoch. In den März-Zahlen werden sich zusätzlich noch die gestiegenen Energiepreise aufgrund des Iran-Krieges bemerkbar machen.
- Der Spielraum für weitere Leitzinssenkungen ist daher sehr begrenzt. Auch wenn die Konjunktur diese gebrauchen könnte: Das annualisierte BIP-Wachstum im vierten Quartal wurde in der zweiten Lesung von 1,4 auf 0,7 % halbiert. Wir rechnen für den Juni noch mit einer letzten Leitzinssenkung der Fed um um 25 Basispunkte auf dann 3,25 bis 3,5 %. Sollten die Energiepreise jedoch länger auf dem aktuellen Niveau bleiben, könnte der Zinsschritt später erfolgen.

USA Inflation (ggü. Vorjahr)



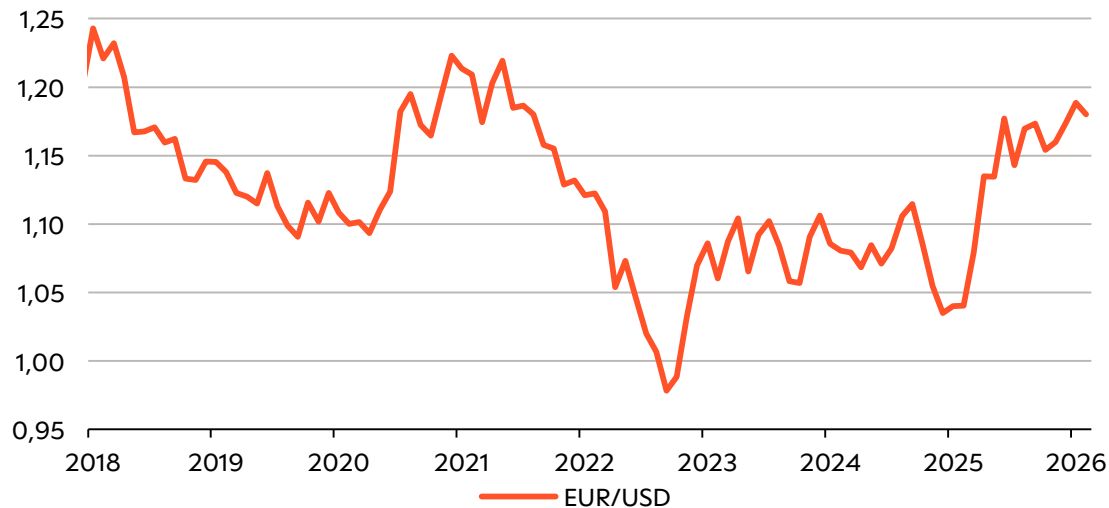
Zeitraum: 01/2018 – 02/2026

Marktentwicklung

Energiekrise führt zur Dollarerholung

- Steigende Energiepreise schaden der Eurozone weitaus mehr als den USA. Während die USA Nettoenergieexporteure sind, ist die Eurozone und stark von Energieeinfuhren abhängig. Darüber hinaus profitiert der Dollar von seinem Status als sichere Hafenwährung in Zeiten der Unsicherheit. Infolgedessen legte der Dollar in den ersten Tagen der Eskalation gegenüber dem Euro zu. Solange der Konflikt die Straße von Hormus blockiert, werden höhere Energiepreise den Greenback weiterhin stützen. Im Jahr 2022 erreichte der Dollar aufgrund extrem hoher Energiepreise kurzzeitig die Parität zum Euro.
- Sollte sich der Konflikt jedoch innerhalb weniger Wochen beruhigen, wie wir für unser Basisszenario annehmen, wird der Dollars bald wieder etwas schwächer werden.

Wechselkurs EUR/USD

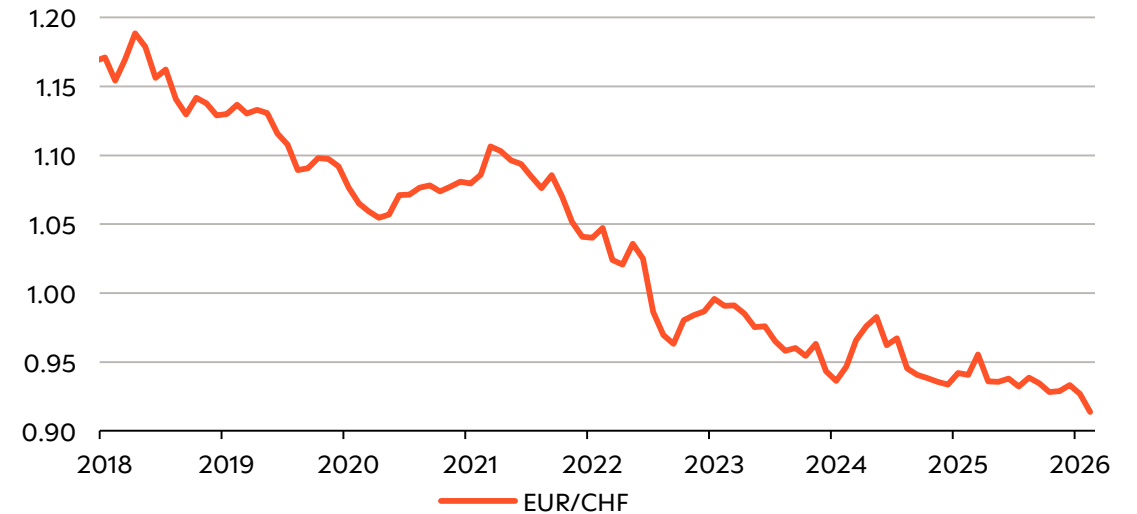


Zeitraum: 01/2018 – 02/2026

Geopolitik lässt Franken noch weiter aufwerten

- Die unsichere geopolitische Lage erhöht die Nachfrage nach dem sicheren Hafen Schweizer Franken und lässt ihn weiter aufwerten. Für die Schweizer Exporteure sind dies schlechte Nachrichten, ihre Ware verteuert sich für ausländische Kunden. Auch der Tourismussektor leidet unter der Frankenstärke. Für die Zentralbank kommt der Inflationsschock möglicherweise nicht ganz ungelegen, denn die Inflationsrate notiert schon seit einiger Zeit in der Nähe der Nulllinie.
- Den Franken durch Leitzinssenkungen zu schwächen, ist daher keine Option. Hinzu kommt, dass der Leitzins in der Schweiz bereits seit Juli 2025 bei 0 % liegt. Für die Schweiz bleibt also nur die Hoffnung, dass sich die Lage im Iran beruhigt und sichere Häfen zukünftig weniger gefragt sind.

Wechselkurs EUR/CHF



Zeitraum: 01/2018 – 02/2026

Kapitalmarktprogноsen

			Aktuell	Prognose	
			16.03.2026	30.06.2026	31.12.2026
Aktienmärkte	USA	S&P 500	6.663	7.250	7.400
	Europa	DAX	23.495	25.500	26.000
		EURO STOXX 50	5.728	5.900	6.100
		MSCI Großbritannien	2.938	2.950	3.000
Rentenmärkte	USA	Fed Funds	3,50–3,75	3,25–3,50	3,25–3,50
		10 Jahre	4,26	4,30	4,60
	Euroland	Einlagesatz	2,00	2,00	2,00
		10 Jahre*	2,97	2,90	3,00
	Großbritannien	Bank Rate	4,00	3,50	3,00
		10 Jahre	4,80	4,40	4,20
Währungen	USA	EUR/USD	1,14	1,19	1,22
	Schweiz	EUR/CHF	0,90	0,93	0,93
	Großbritannien	EUR/GBP	0,86	0,88	0,89
	Japan	EUR/JPY	182	177	176

Wirtschaftliches Umfeld

	Anteil	BIP				Inflation				Arbeitslosenquote				Saldo Staatshaushalt			
		2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028
Welt*	100.0	2.6	2.4	2.3	2.3												
USA	26.4	2.1	1.9	1.4	1.4	2.7	3.1	2.4	2.7	4.3	4.3	4.1	4.0	-5.8	-6.3	-6.5	-6.5
China	16.9	5.0	4.3	4.0	4.0	0.1	1.2	1.4	1.6	5.1	5.0	5.0	5.0	-8.6	-8.5	-8.4	-8.3
Japan	3.6	1.2	0.8	1.0	1.0	3.2	2.2	1.8	1.8	2.5	2.7	2.7	2.7	-3.5	-3.3	-2.8	-2.4
Indien	3.5	6.5	6.7	6.2	6.0									-4.4	-4.3	-4.2	-4.1
Lateinamerika	6.1	2.5	2.5	2.3	2.2									-4.0	-3.8	-3.6	-3.3
Europa	24.5	1.5	1.2	1.6	1.4												
Eurozone	14.8	1.5	1.1	1.5	1.4	2.1	2.3	1.9	2.4	6.3	6.0	5.6	5.4	-3.2	-3.5	-3.2	-2.7
Deutschland	4.2	0.4	0.6	1.4	1.0	2.3	2.3	1.7	2.3	3.7	4.0	3.7	3.4	-2.4	-3.2	-3.3	-3.1
Frankreich	2.8	0.9	1.0	1.2	1.1	0.9	1.4	1.5	2.0	7.7	7.7	7.5	7.4	-5.4	-5.3	-4.8	-4.4
Italien	2.1	0.7	0.7	0.9	0.7	1.6	1.9	1.7	2.1	6.1	5.3	5.1	5.0	-2.9	-2.7	-2.4	-2.3
Spanien	1.6	2.8	2.3	2.4	2.1	2.7	2.6	2.1	2.4	10.5	9.5	8.9	8.5	-2.9	-2.6	-2.4	-2.4
Portugal	0.3	1.9	2.2	2.3	2.0	2.2	2.3	1.9	2.3	6.0	5.5	5.4	5.3	-0.1	0.0	0.0	-0.7
Anderes Westeuropa																	
Großbritannien	3.3	1.3	0.8	1.6	1.7	3.4	2.6	2.1	2.2	4.9	5.4	5.0	4.5	-5.1	-4.0	-3.4	-3.0
Schweiz	0.8	1.2	1.3	1.5	1.3	0.3	1.0	0.7	1.1	2.9	2.9	2.8	2.7	0.4	0.3	0.2	0.2
Schweden	0.5	1.4	2.2	2.3	1.7	0.8	1.4	1.3	2.0	8.7	8.4	7.8	7.5	-1.6	-1.8	-1.4	-1.2
Osteuropa																	
Russland	2.0	0.8	0.5	0.4	0.0	9.0	7.5	6.0	5.0	2.4	2.8	3.0	3.0	-2.7	-3.0	-2.5	-2.0
Türkei	1.2	3.5	3.5	3.0	2.8	35.0	28.0	20.0	18.0	8.4	8.5	8.5	8.5	-3.0	-3.5	-3.5	-3.5

Quelle: Arbeitslosigkeit: ILO/Eurostat Definition; Saldo Staatshaushalt in % des BIP

*Zu tatsächlichen Wechselkursen nicht Kaufkraftparität KKP würde den schnell wachsenden Schwellenländern mehr Gewicht beimessen

11 Anteile basieren auf BIP-Zahlen des IWF World Economic Outlook 2025

